

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

6.9.1863 (No. 210)

Hübner, Friedberg, Dr. S. Neumann. Es befindet sich darunter etwa der dritte Theil der im offiziellen Programm aufgeführten Berichterstatter. Schon früher waren bekanntlich der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher von Berlin ausgeschieden.

Berlin, 3. Sept. Zum Fürstentag sagt die „Kreuztg.“:

Obgleich Oesterreich die Mehrzahl der deutschen Fürsten dazu vermocht hat, die Hauptbestimmungen seiner Reformacte anzunehmen, so liegt dennoch klar vor Augen, daß ohne Preußens Zutritt das ganze Reformwerk eine vergebliche Arbeit bleibt. Preußen kann aber nicht zutreten ohne gewisse Abänderungen des österreichischen Projekts, und so werden die deutschen Fürsten also entweder nachträglich eingehen müssen auf Preußens Vorschläge, oder die Bundesverfassung bleibt unverändert bestehen, wie sie bisher gewesen. Für den Bund als Ganzes gibt es ein Drittes nicht. Man sagt uns nun zwar von Wien her, wenn Preußen nicht zustimmt, so würde Oesterreich mit seinen Bundesgenossen — d. h. doch wohl nur mit den auch dann noch sichern? — ein Separatbündniß abschließen. Wir bezweifeln nicht, daß Oesterreich unter Hrn. v. Schmerling im Stande wäre, sich selbst so weit zu bequämen, um einen Schritt zu thun, den es seit 1849 bis in die neueste Zeit allwege für unzulässig erklärt hat. Aber wenn es diesen Schritt auch thut und einen Sonderbund schließt — wäre das eine Reform des Bundes und seiner Verfassung? Mit Nichten. Was ist denn das Direktorium, was ist der neue Bundesrath, was die Delegirtenversammlung ohne Preußen? Kein vernünftiger Mensch würde noch von einer Bundesreform reden können, wenn eine Anzahl von Staaten — wie viele es auch wären, und es würden entfernt nicht alle sein! — sich über gewisse Sätze vereinigen, ohne daß die norddeutsche Großmacht zustimmt. So viel für heute zur Orientirung darüber, wie die Sache nun steht nach dem Schluß des Kongresses.

Die „Kreuztg.“ bringt ferner folgende Mittheilung:

So eben geht uns eine hier (bei Hugo Duvaud) erschienene kleine Schrift zu, betitelt: „Zur Beurtheilung der österreichischen Bundesreform. Von deutschen und preussischen Standpunkte. Motto: Sum cuique!“ die uns nach ständiger Durchsicht sehr beherzigenswerth zu sein scheint. Der Verfasser stellt in derselben die österreichischen Vorschläge den realen Verhältnissen, den berechtigten Ansprüchen Preußens, sowie den Forderungen und Bedürfnissen der deutschen Nation gegenüber; er verzichtet auf den Anspruch, eine neue Lösung der deutschen Frage vorzuschlagen, aber er bemerkt sehr richtig, daß die Erkenntniß des Unmöglichkeit immer ein Schritt weiter auf dem Wege zur Erreichung des Möglichen sei. Wir geben, um sofort darauf hinzuweisen, hier einige Sätze aus dem zweiten Theile der — von uns noch nicht ganz gelesebenen — Schrift, in welchem sich der Verfasser auf den preussischen Standpunkt stellt. Da heißt es:

Von diesem, d. h. dem preussischen Standpunkte aus wird es kaum noch einer besondern Ausführung bedürfnis, um zu zeigen, daß Preußen mehr als irgend ein anderer deutscher Staat von dem Gewicht derselben (der österreichischen Pläne) betroffen, ja ohne Zweifel benachtheiligt wird. Weit davon entfernt, daß die neuen Pläne der wirklichen Machtstellung Preußens — welche anerkanntermaßen in der bisherigen Bundesverfassung nicht genügend gewahrt ist — auch nur einigermaßen gerecht zu werden suchen, geben sie ihm eine geringere und nachtheiligere Stellung, als es bisher innegehabt. Die Theilnahme an dem Direktorium mit seinen ausgedehnten Befugnissen kann für die mittleren und kleineren deutschen Staaten — in welcher Weise sie auch für diese geordnet werden möge — als ein Zuwachs an Macht und Einfluß angesehen werden, der ihnen gewährt wird. Dasjenige, was sie an innerer Autonomie und Selbstständigkeit an die Zentralbehörde hingeben. Bis jetzt haben die kleineren Staaten wohl kaum einen positiven Einfluß besessen, wenigstens ein sicheres Veto der Abwehr von Neuerungen, welche die Gesamtheit des Bundes ihnen etwa hätte aufdringen mögen; für die mittleren Staaten aber war die Theilnahme an der so wenig positiven Aktion des Bundes kaum ein Gegenstand von Bedeutung, — es ist dies ja oft genug der Anlaß zu Klagen gewesen! Durch die Theilnahme an der Aktion des Direktoriums dagegen gewinnen sie eine Mitwirkung sehr bedeutender Art. Läßt sich dagegen wohl irgendwie sagen, daß Preußen durch seine eine Stimme im Direktorium neben fünf anderen irgend einen Zuwachs an Bedeutung oder Einfluß gewinne? Und dafür soll es sich selbst diesem Direktorium unterordnen, soll sich der Gefahr aussetzen, in seinen wichtigsten inneren und äußeren Beziehungen seine Politik durch vier andere Stimmen bedingen, hemmen, ja positiv entscheiden zu lassen! Was die anderen deutschen Staaten durch die neue Einrichtung, die strengere Anziehung der Zentralgewalt und ihre Zusammensetzung aus wenigen Stimmen gewinnen würden, das würde Preußen geradezu verlieren; es würde aus seiner selbständigen Stellung herabtreten und sich auf das Niveau eines bloßen Gliedes in der Kette der Bundesglieder stellen.“

Darauf zeigt die Schrift, daß Preußens Stellung in dieser Hinsicht eine ganz andere ist, als die der anderen Staaten, und kommt dann auf einen der wichtigsten Punkte, wie folgt:

„Am wenigsten aber wird sich das preussische Heer und sein Kriegsherr den Artikel 13 (des Reformprojekts) über die Militärangelegenheit gefallen lassen können. Welche Eingriffe in das Heerwesen der deutschen Staaten durch den weitgehenden und unbestimmten Wortlaut dieses Artikels dem Direktorium möglich gemacht werden, liegt auf der Hand. Für die kleineren und selbst für die mittleren Staaten kann dies unbedenklich erscheinen, weil ihre Truppen sich doch naturgemäß einem größern Ganzen anschließen müssen und es für sie nur ein Vortheil ist, wenn sie der Entwicklung desselben folgen. Ob Oesterreich es möglich findet, drei deutsche Bundeskorps aus seiner Armee auszusondern und sie der deutschen Zentralmacht unterzuordnen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Für Preußen ist es unmöglich. Preußens Heer ist ein deutsches Heer, es ist ein einheitliches Ganze, und jede Einwirkung des Direktoriums auf militärische Angelegenheiten, jedes — um mit den Worten des Artikels 13 zu reden — „darauf gerichtete Augenmerk, daß das Heerwesen des Bundes ohne unnötige Belastung der Bevölkerungen im Frieden gestärkt, vervollkommen und in einem allen Anforderungen an die Wehrkraft Deutschlands entsprechenden Stande erhalten werde“ — jede Thätigkeit des Direktoriums in diesem Sinne trifft das ganze preussische Heer! Es klingt fast ungläublich, daß man einen solchen Satz in eine Akte hat aufnehmen können, für welche man doch die Zustimmung Preußens hoffen wollte! Hat man am 16. August 1863 so ganz die Wirkung vergessen, welche der 6. August 1848 — auch ein von einem österreichischen Reichsverweser bestimmter Tag! — in Preußen hatte? — Wie wenig man aber die realen Schwierigkeiten ernstlich ins Auge gefaßt hatte, das zeigt der Umstand, daß man — ohne alle Rücksicht auf die

langwierigen und gründlichen Verhandlungen über diesen Punkt — die Frage über den Oberbefehl einfach, man möchte sagen gedankenlos, dahin entscheiden hat, daß das Direktorium den Oberbefehlhaber ernennen soll.“

Endlich zeigt die Schrift, daß die Benachtheiligung Preußens durch die österreichischen Vorschläge am schroffen in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse hervortritt. Wir wollten hier sofort auf die Schrift aufmerksam machen und sie der Prüfung empfehlen.

Berlin, 4. Sept. (Köln. Zig.) Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht heute folgenden Bericht des Staatsministers v. Bismarck, nebst darauf folgender Königl. Verordnung:

Nachdem Ew. Maj. die Sitzungen des Landtags am 27. Mai d. J. zu schließen geruht hatten, weil die Majorität des Hauses der Abgeordneten der Regierung Ew. Majestät ihre Mitwirkung versagte, haben wir Ew. Majestät in dem Berichte vom 15. Juni d. J. unsere Ueberzeugung dahin allerunterthänigst ausgesprochen, daß nichtobwohlwieweniger der Versuch, in diesem Jahre die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes herbeizuführen, durch erneute Verhandlungen mit der Bundesvertretung zu wiederholen und deshalb die Einberufung der letztern so zeitig zu bewirken sei, daß die Möglichkeit der Beschlußnahme vor Ablauf des Jahres gegeben wäre. Wir konnten uns gleichzeitig nicht verhehlen, daß weitere Verhandlungen mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus für die Verständigung über die schwebenden Streitfragen keine Aussicht boten. Die Stellung, welche die Mehrheit des Hauses zu Ew. Majestät und zu Allerhöchster Regierung eingenommen, und die Forderungen, mit welchen dieselbe in die verfassungsmäßigen Rechte der Krone einzugreifen versucht hatte, schlossen jede Hoffnung auf ferneres Zusammenwirken und auf ein befriedigendes Ergebnis derselben aus. Wir erlauben uns deshalb, unsere Ansicht dahin ehrsüchtvoll darzulegen, daß der Wiederöffnung des Landtages eine Auflösung des Hauses der Abgeordneten notwendig vorhergehen müsse. Ew. Majestät geruhten vor Ihrer Abreise, in der Conferenz vom 16. Juni, das Allerhöchste Einverständnis mit dieser Auffassung auszusprechen und sich die definitive Beschlußfassung über den Zeitpunkt der Auflösung bis nach Allerhöchster Rückkehr nach Berlin vorzubehalten. Die Lage der Dinge in Ew. Majestät Staaten hat seitdem keine Veranlassung einer Aenderung unserer damals von Ew. Majestät gutgeheßenen Anträge geboten; dagegen sind auf dem Gebiete der deutschen Bundesverfassung Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Absicht es ist, dem preussischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verkümmern, welche das wohlverordnete Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unserer Väter bildet und welche das preussische Volk sich nicht freiwillig maden zu lassen jederzeit entschlossen gewesen ist. Unter diesen Umständen wird es für Ew. Maj. Unterthanen zugleich ein Bedürfnis sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Abgeordneten den Ausdruck zu geben, daß keine politische Meinungsverschiedenheit in unserm Lande tief genug greift, um gegenüber einem Verluße zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens, die Einigkeit des Volks in sich und die unverbrüchliche Treue zu gefährden, mit welcher dasselbe seinem angestammten Herrscherhause anhängt. Die Vorgänge der jüngsten Tage haben uns daher in den im Juni d. J. Ew. Maj. allerunterthänigst unterbreiteten Anträgen nur bestärken können, und da die Durchführung der Neuwahlen einen Zeitraum von fast zwei Monaten erfordern dürfte, so werden die von Ew. Majestät in der Conferenz vom 16. Juni gebilligten Maßregeln nunmehr ungehindert ausgeführt werden müssen, damit dem einzuberufenden Landtage die Möglichkeit bleibe, noch in diesem Jahre die Beratung des Staatshaushalts-Gesetzes zu beenden. Wir tragen daher allerunterthänigst darauf an: „Die im Entwurf ehrsüchtvoll beigelegte Verordnung wegen Auflösung des Hauses der Abgeordneten allergnädigst vollziehen zu wollen.“

Berlin, 2. Sept. 1863. — Das Staatsministerium.

Verordnung, betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen auf Grund des Artikels 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, nach dem Antrage des Staatsministeriums, was folgt: §. 1. Das Haus der Abgeordneten wird hiedurch aufgelöst. §. 2. Unter Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Insegele.

Gegeben Berlin, 2. September 1863. Wilhelm, v. Bismarck, Schönausen, v. Bodelschwingh, v. Roon, Graf v. Zepplig, v. Mähler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf zu Eulenburg.“

Berlin, 4. Sept. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wurde von Seiten des Magistrats angezeigt, daß die — aus der bekannten Deputationsangelegenheit vom Monat Juni d. J. hervorgegangene — Beschwerde der Gemeindebehörden wegen Beschränkung des Petitionsrechts vom Oberpräsidium als unbegründet zurückgewiesen worden sei. Zugleich erfolgte die Mittheilung, der Magistrat werde dem Rekurs an das Ministerium des Innern ergreifen. Schon bei den früheren Beratungen wurde von den Stadtkollegien der Beschluß gefaßt: diese Beschwerde durch alle Instanzen bis zu Sr. Maj. dem König zu verfolgen. Bekanntlich war damals das hiesige Kommunalblatt wegen Veröffentlichung einer Deputationsverhandlung über die Stadtverordneten-Sitzung, in welcher weitere Schritte gegen das Verbot der Beschäftigung mit allgemeinen Staatsangelegenheiten angeregt wurden, polizeilich mit Beschlag belegt worden. Der Inhalt dieser Publikation gab dann Anlaß zur Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens. Im Verlauf des letztern hat der Staatsanwalt Wörds neuerdings an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet:

In der Untersuchungssache wegen des in Nr. 25 des hiesigen Kommunalblattes enthaltenen Bergehens gegen §§. 101 und 102 des Strafgesetzbuches (Erregung von Unzufriedenheit und Haß gegen obrigkeitliche Anordnungen) ersuche ich den Magistrat ganz ergebenst um gefällige schlämige Vorlage derjenigen dortigen Akten, in welchen sich das Original des auf Seite 77 und 79 befindlichen Deputationsprotokolls über die Stadtverordneten-Versammlung vom 11. Juni 1863,

*) Einen telegraphischen Auszug aus diesen Aktenstücken haben wir unsern Lesern bereits gestern Morgen in einem Extrablatt zugehen lassen. D. R.

d. d. Berlin, den 15. Juni 1863 befindet, und aus welchem ersichtlich ist, auf wessen Veranlassung dieses Protokoll in die Nr. 25 des Kommunalblattes aufgenommen und in diesem veröffentlicht worden ist.

Dies Schreiben ist privatim vom Magistrat an den Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung gelangt. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten erfolgte dessen öffentliche Mittheilung. Auf den Antrag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung, eine Kommission zu ernennen, welche über die Befugniß des Magistrats zur Verabfolgung der betreffenden Akten in Berathung treten soll.

Unter dem Vorsitz des Hrn. v. Bismarck waren heute Vormittag die Mitglieder des Staatsministeriums zu einer mehrstündigen Berathung vereinigt. — Wie verlautet, ist der Flügeladjutant Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, Major Graf v. Latour, mit einem Schreiben seines Souveräns an den König hier angekommen. — Die Bundesinspektoren Erzherzog Leopold, Generalleutnant v. Hartmann und Generalmajor v. Rühlmann begaben sich heute Nachmittag in Begleitung der königl. Prinzen, der Generalität und der fremden Offiziere nach dem Artillerie-Schießplatz bei Zegel und wohnten den dortigen Schießübungen bei. Morgen findet auf dem Tempelhofer Felde ein Korpsmanöver statt. — Morgen früh wird Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hier eintreffen; Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist auf der Reise nach Schloß Sibyllenort in Schlesien gestern Abend durch Berlin passirt.

Schweiz.

Zürich, 4. Sept. Dienstag Abend war eine zweite Versammlung von Deutschen im alten Schützenhause in Betreff der deutschen Frage. Es kam nach kurzer, aber theilweise belebter Debatte zur Annahme des von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen, in der Versammlung wenig amandirten Antrages folgenden Wortlautes: „Eine zahlreiche Versammlung in Zürich wohnender Deutschen hat einstimmig beschlossen, in Betreff der deutschen Bundesreform ihre Zustimmung zum Beschlusse des deutschen Abgeordnetentages zu erklären.“

Frankreich.

Paris, 4. Sept. Der „Moniteur“ bemerkt heute aus Anlaß des Einlaufens des südstaatlichen Raperichs „Florida“ in den Hafen von Brest: „Von Anbeginn des Krieges haben wir den Südstaatlichen den Charakter von Kriegsführenden zuerkannt, und solchen gegenüber haben die Seebeförden von Brest nur „das Recht wie die Pflicht der Neutralen“ befolgt, indem sie der „Florida“ gestatteten, mit Ausnahme von Kriegsmunition, alle Ankäufe zu machen, um das genannte Fahrzeug seetüchtig zu erhalten.“ — Der Minister Rath verammelte sich heute abends unter dem Vorsitz des Kaisers; über das Resultat der Beratungen verlautet noch nichts. — Die „France“ macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche den beabsichtigten konstitutionellen Konjessionen der russischen Regierung entgegenstehen. Ihr zufolge wäre es gewiß, daß die altrussische Partei den Versuch macht, die russische Regierung von der liberalen Richtung, die sie einzuschlagen geneigt ist, abwendig zu machen, und wäre es zu beklagen, wenn der Einfluß dieser Partei über die edelmüthigen Absichten siegen würde, welche man dem Kaiser Alexander zuschreibt. Sodann wendet sich die „France“ zu den Polen und fährt fort:

Unfugiger Weise hat die russische Widerstandspartei ihren Stützpunkt in der Aufreizung der Kriegspartei in Frankreich und England. Anstatt dem Kaiser Alexander zuzurufen: Muth! Muth! entmuthigt und bekämpft sie ihn. Jeden Tag meldet sie laut, daß Nichts die Polen entwaffnen, keine Konjession angenommen werden wird; Alles oder Nichts!... Diejenigen, welche den Polen rathen, auf keine Transaktion einzugehen, lieber dem Martyrertum und dem Tod entgegen zu gehen, sind eben so verantwortlich für das vergossene Blut, als Diejenigen, welche dem Caren rathen, keine Konjession zu machen... Was den Kaiser Alexander betrifft, so können wir nicht denken, daß er auf seine liberalen Absichten verzichten wird; wäre es der Fall, so würde sich Rußland mehr als je von Europa trennen, und die einen Augenblick beschwichtigten Verwicklungen würden in ihrem ganzen Griffe neu austauschen.

Die Abreise des Kaisers nach Biarritz ist noch immer zwischen dem 8. und 10. Sept. festgesetzt. — An der heutigen Börse ging Rente von 69.25 auf 68.90, der Mobilier von 1230 auf 1200, und ital. Anl. von 74.30 auf 74 zurück.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Sept. Gestern wurde hier die dänische Antwort auf den Bundesbeschluß vom 9. Juli zuerst bekannt und mit großer Begierde gelesen. Der Eindruck derselben ist hier allgemein der, daß es für den Bund eine moralische Unmöglichkeit ist, dieselbe seinerseits mit einem kriegerischen Einschreiten zu beantworten. Die Hoffnung auf die Bewahrung des Friedens ist daher seit gestern um ein Bedeutendes gestiegen. Da somit das schwedische Bündniß vielleicht Dänemark wenig praktischen Nutzen bringen wird, so hört man ängstliche Politiker vielfach fragen, wozu sich denn nun Dänemark zum Entgelt zu Gunsten Schwedens anheißig gemacht habe? Die heutige „Flyvepost“ gibt diesen Bedenken Worte und theilt einen langen Artikel aus der in Malmö erscheinenden „Snällpost“ mit, worin auch vom schwedischen (aristokratisch-kerikalen) Standpunkt das Bündniß scharfem Tadel unterworfen wird. Schweden könne höchstens 20,000 Mann ordentlich ausrüsten, und seine Flotte sei schlechter als gar keine u.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 4. Sept. (Sch. M.) Ein kaiserl. Ukas verordnet für die Ukraine, daß die Bauern am 13. Sept. Eigenthümer ihrer Grundstücke werden und die Loskaufsumme an den Staat zahlen sollen.

* Von der russisch-polnischen Grenze, 2. Sept. Man schreibt der „Generalkorresp.“: Gleichzeitig von verschiedenen Seiten eingetroffene Meldungen lassen keinen Zweifel darüber mehr übrig, daß es mit dem Siege der Russen bei

Dorohuczja (zwischen Chelm und Lublin) seine volle Wichtigkeit hat, und zwar ist diesmal das russische Bulletin nur wenig übertrieben. Der Kampf dauerte am 24. und 25. v. M., es kämpften von polnischer Seite die Corps von Krusinski, Rucki und Wagner unter Oberleitung des Krut; von russischer Seite 14 Kompagnien Infanterie nebst mehreren Abtheilungen Kavallerie (zusammen gegen 3000 Mann) mit einigen Geschützen. Rucki fiel am 24.; sein Corps wurde zum größten Theil vernichtet oder gefangen. Am 25. fiel auch Wagner, jedoch litt sein Corps nicht so sehr wie das Ruckische; dasselbe begab sich mit den Krusinski'schen vereinigt nach Podlachien. Krut entkam mit 60 Reitern nach Krosnik, von wo er sich in die Gegend von Janow begab, wo er an der Spitze von mehreren Corps am 29. glücklich kämpfte. Unter diesen soll sich auch das Lelewelsche befunden haben. Dieses Corps zählt jetzt bereits gegen 1400 Mann, darunter 150 Reiter, und ist aufs beste bewaffnet und organisiert; es steht nunmehr unweit der galizischen Grenze. Der Verlust der Polen bei Dorohuczja belief sich auf ungefähr 300 Tote und Verwundete, und 4 bis 500 Gefangene, letztere meist neuangeworbene Leute. Der Verlust der Russen ist nicht näher bekannt, soll sich aber auch auf einige Hundert belaufen.

Neueste Levantepost.

* **Marseille**, 4. Sept. Briefe aus Athen vom 28. Aug. melden, daß die Fregatte „Hellas“ definitiven Befehl erhalten habe, nach Frankreich abzugehen, um den König der Hellenen abzuholen.

Man schreibt aus **Konstantinopel** vom 27. Aug., daß eine Feuersbrunst die Stadt Monastir beinahe vollständig zerstört hat. Es sind 2500 Häuser abgebrannt. Die durch den Brand des Bazars und des Quartiers von Ghio verursachten Verluste werden auf 18 Mill. Piaster veranschlagt. — Der „Impartial von Smyrna“ zeigt an, daß die Wälder des Vittorales von Anatolien, welche reich an Bauholz sind, von Feuersbrünsten heimgesucht werden. Ein Schreiben gibt die Mehrzahl dieser Unglücksfälle der Unzufriedenheit des Volkes Schuld.

Neueste Ueberlandpost.

Kalkutta, 29. Juli. **Bombay**, 8. Aug. Die Identität des angeblichen Nana Sahib scheint immer zweifelhafter. Im Nordwesten Indiens herrscht die Cholera. Mit Birma ist ein Konflikt drohend wegen der Handelsmonopole und Bedrückungen des Königs. In Kabul streiten drei Parteien um die Herrschaft. Der Schah von Persien steht mit 45,000 Mann bei Meshed. Die ostindische Regierung will in Bahore ein Uebungslager errichten und ein Observationskorps in Peshawer konzentriren. Der König von Bithara nahm Kofan und verlangte die Räumung dreier von den Russen besetzten Forts.

Amerika.

* **London**, 3. Sept. Die Regierung von Washington hat am 12. des vorigen Monats ein Rundschreiben an alle ihre Konsuln in Europa verfaßt, in welchem ihnen die Lage der Union in sehr rosigem Farben geschildert wird. Sie werden aufgefordert, von dieser Darlegung im Interesse der Union nach Kräften Gebrauch zu machen und gegentheiligen Ansichten entgegenzuwirken. Das Altkleid ist, wie alle aus Mr. Seward's Kanzlei hervorgegangenen, sehr weitläufig. Folgendes ist dessen Hauptinhalt:

Wenn immer die Vereinigten Staaten sich über die vorzeitige Anerkennung der Unabhängigen als Kriegsführende beklagt haben, ist ihnen jedesmal von den englischen und französischen Staatsmännern bedeutet worden, daß sie die Wiederherstellung der Union für ein fruchtloses Bemühen halten. Dieses Vorurtheil existirt noch bis auf den heutigen Tag und bildet die Grundlage alles dessen, was in der auswärtigen Politik fremder Staaten für uns nachtheilig ist. Durch den Beistand und die Sympathien des Auslandes waren die Insurgenten bisher in den Stand gesetzt gewesen, ihren Widerstand zu verlängern; durch sie allein sind sie zu weiteren Kämpfen ermutigt. Es ist daher eine neue Anstrengung geboten, um das erwähnte Vorurtheil zu zerstören. In den Schlachten, welche im August 1862 geschlagen worden waren, hatten die Unionstruppen einige ernste Niederlagen erlitten. Damals versuchte die durch ihre Erfolge aufgelassene Armee der Insurgenten zum ersten Male den Uebergang über den Potomac. McClellan zog ihnen entgegen. Bei Antietam auf der Hauptstraße, mußten die Rebellen aus Maryland zurück, um ihre alten Stellungen jenseits des Potomac zu beziehen. Gleichzeitig war Bragg in Kentucky eingedrungen, aber von Buell bei Perryville geschlagen, mußte auch er sein Unternehmen aufgeben und sich nach Murfreesborough zurückziehen. Rosecrans, der später Buell's Kommando übernahm, schlug die Generale der Gegner, zog siegreich in Nashville ein, und vertrieb Bragg aus dem hartbesetzten Murfreesborough. Aber noch war die Mississippi-Schiffahrt gehemmt durch die gewaltigen, in den Händen der Insurgenten befindlichen Festungen. Endlich nach hartem Kampfe fiel Vicksburg. Am 4. Juli ergab sich General Pemberton mit 30,000 Mann, 200 Geschützen, 70,000 Gewehren und Kriegsvorräthen, die zu einer sechsjährigen Vertheidigung ausgehört hätten. Es war dies ein eben so bedeutender Jang wie der Napoleon's bei Ulm. Am selbigen Tage mußte Lee seinen zweiten Einfall in Maryland aufgeben, um sich mit größtem Verlusten, als er beim ersten erlitten hatte, an den Rappahannock zurückzuziehen, und 4 Tage später ergab sich Port Hudson mit seinen 6000 Mann Besatzung nach tapferem Widerstand dem General Banks. Es waren denn den Insurgenten alle festen Plätze von denen aus sie 2 Jahre lang die Mississippi-Schiffahrt gehemmt hatten, abgerungen. Ihre Verluste bei diesen Operationen sind mit 50,000 Mann und 300 Geschützen nicht zu hoch gegriffen. — Man wird sich erinnern, daß der Präsident am 22. Sept. 1862 die Insurgenten in einer Proclamation aufgefordert hatte, die Waffen niederzulegen, widrigenfalls in allen rebellischen Bezirken am 1. Jan. die Befreiung der Sklaven als eine militärische Maßregel dekretirt werden würde. Als diese Aufforderung unbeachtet blieb, wurde die angebotene Maßregel in Ausführung gesetzt. Große Massen Sklaven flüchteten unter dem Schutz unserer Fahnen, und die neuorganisirten Negeregimenter beteiligten sich mit Muth und Hingebung bei den durch Banks geleiteten Sturmangriffen. — In Charleston wurde die Besatzung mit Ausdauer und Erfolg aufrecht erhalten. Schlüpfen gelegentlich auch einige schnelle Dampfer durch, so werden dafür viele andere

zerstört oder gefangen. Die Stadt selbst ist noch in den Händen der Rebellen, doch ist alles Erforderliche zu ihrer Bewingung in Gang gebracht.

Um zur Potomac-Armee zurückzukehren — als sie Barrinton erreicht hatte, war sie unter den Oberbefehl Burnides gestellt worden. Im Dezember überschritt dieser General den Rappahannock, um Lee's gewaltige Positionen anzugreifen. Der Angriff mißlang, aber er führte seine Armee geschickt, ohne Verlust, über den Fluß zurück. Auch General Hooker, der hierauf das Kommando erhielt, vermochte nicht den Feind aus seinen Stellungen bei Fredericksburg zu verdrängen, und nun versuchte Lee seinen zweiten Einfall in die loyalen Staaten. Bei Gettysburg durch General Meade auf's Haupt geschlagen, zog er sich mit einem Verluste von mindestens 40,000 Mann nach Gordonsville zurück, woselbst er noch heute steht.

Nachdem das vorliegende Rundschreiben noch andere Details der Kriegsoptionen berührt hat, fährt es folgendermaßen fort:

Dieser Rückblick zeigt, wie groß die Fortschritte sind, die wir im Westen gemacht haben. Es sind den Insurgenten 50,000 Quadratmeilen abgerungen, und seit dem Ausbruch des Aufstandes hat die Regierung ihre Herrschaft über ein Terrain von 200,000 Quadratmeilen, somit über eine Bodenfläche ausgedehnt, die den Gebieten Oesterreichs oder Frankreichs gleichkommt. Jefferson Davis, der Führer der Rebellion, hat seitdem ein Aufgebot aller Militärfähigen erlassen und rechnet dadurch auf einen Zuwachs von 70,000 bis 95,000 Truppen. Aber auch wir haben neuerdings 300,000 Mann zu den Waffen gerufen und freudig folgt das Volk diesem Rufe. Unsere Anleihen werden von unsern eigenen Staatsbürgern im Maßstabe von 1,200,000 Doll. täglich genommen, und Gold fließt zwischen 125 und 128, während es in den aufständischen Staaten auf 1200 Proz.agio gestiegen ist. Sämmtliche Inzurrektionshäfen sind von den nationalen Truppen entweder belagert oder blockirt oder besetzt. Die projektirte Konföderation ist durch den Mississippi in zwei Hälften getheilt, dessen Festungen sich alleamt in unsern Händen befinden. Missouri, Kentucky, Delaware und Maryland — sämmtlich Sklavenstaaten — unterstützen die Bundesregierung. Schon hat Missouri eine Konvention behufs allmählicher Abschaffung der Sklaverei erlassen. $\frac{1}{2}$ von Tennessee, $\frac{1}{2}$ von Virginia, die Küsten und Einbuhtungen Nordcarolina's, die Hälfte von Mississippi und Louisiana, ein Theil von Alabama, die ganze Küste von Georgia und Südcarolina nebst einem nicht unbedeutenden Theil der Küste von Florida befinden sich im Besitze der Verein. Staaten. Noch sind nicht ganz 6 Monate verlossen, seit den Negern gestattet wurde, Waffen zu tragen, und schon stehen ihrer 22,000, regelrecht eingereicht und bewaffnet, im Felde, während 50 Regimenter von je 1000 Mann dieser Klasse in der Organisation begriffen sind, und 62,800 Schwarze anderweitig im Felde Dienste leisten. Daraus erhellt, daß mit der längeren Dauer des Aufstandes die unglückliche Sklavenbevölkerung, die beim Beginn als ein Element seiner Stärke angesehen worden war, jetzt zur Stütze für die Union dient.

Sie werden — so schließt das Rundschreiben — die hier dargestellten Thatfachen nach Ihrem besten Ermessen benützen, um diejenigen, welche eine Wiederholung des Verlehrs vermittelst der Wiederherstellung des Friedens in Amerika anstreben, zu überzeugen, daß der kürzeste Weg zu diesem Ziel darin besteht, daß den aufständischen Theilnehmern und Unterstüßern entgegen, die Schlichtung unserer innern Zwistigkeiten ausschließlich der Bevölkerung der Verein. Staaten anheimgestellt wird. — William A. Seward.

Neu-York, 26. Aug. (Schw. W.) Fort Sumter ist in Trümmer geschossen. Am 24. wurde das Bombardement auf die Stadt Charleston eröffnet. — Die südstaatlichen Blätter rufen die Hilfe Frankreichs an. — In Neu-York dauert die Loosziehung fort.

Baden.

* **Karlsruhe**, 5. Sept. Gegen unsere Gewohnheit sind gestern die Quellen unerwähnt geblieben, denen wir die Reformakte des Fürstentags entnehmen. Die paar einleitenden Worte sind der „Süddeutsche. Blz.“, das Uebrige dem „Frankfurt. Journ.“ entnommen, was nachträglich erwähnt werden mag. Saum cuique!

Karlsruhe, 5. Sept. (2. Sitzung des süddeutschen Apothekervereins.) Der Direktor der norddeutschen Abtheilung des deutschen Apothekervereins, Medizinalrath Dr. Wey von Bernburg, der der gestrigen Sitzung beizuwohnen verhindert war, brachte der Versammlung freundliche Grüße des norddeutschen Vereins mit dem herzlichsten Wünsche künftigen Gedeihens und Blühens des süddeutschen Schwestervereins. Der Sekretär der pharmazeutischen Gesellschaft zu St. Petersburg, Dragenborff, welcher nebst Dr. G. A. Bockard von dort als Deputation dieser Gesellschaft hieher gekommen war, um den Verhandlungen des hier tagenden Vereins beizuwohnen und die kollegialen Grüße zu überbringen, sprach die Hoffnung nähern Anschlusses der beiden Vereine aus, welche Äußerung großen Beifall fand. Hierauf wurde Wiesbaden als nächstjähriger gemeinschaftlicher Versammlungsort der nord- und süddeutschen Abtheilung einstimmig gewählt. Die Rechnungsablage gab Veranlassung zu einer langen Diskussion, und nachdem das Bedürfnis einer Erhöhung des Vereinsbeitrags anerkannt worden, wurde der dahin zielende Antrag, der mehrfach bekämpft worden war, endlich von sämmtlichen Beschlußfähigen angenommen. Die Gehilfen-Unterstützungskasse-Regelung, sowie die für das laufende Jahr beantragten Unterstützungen wurden nach kurzer Besprechung gutgeheißen.

Dr. Rieckher von Marbach berichtete über die Leistungen der Kommission zur Ausarbeitung einer deutschen Pharmacopoe, beleuchtete die der Abfassung eines solchen Werkes als Basis dienenden Grundsätze, und ging dann auf die Arbeiten der einzelnen Mitglieder über. Nach diesem Bericht erfolgte jener des Direktorialmitgliedes Wolsfrum aus Augsburg über denselben Gegenstand, welcher mit dem Antrag schloß, daß man die Ausarbeitung einer allgemeinen deutschen Apothekerordnung in Aussicht nehmen solle.

Dr. Schlienkamp aus Düsseldorf sprach über die Bereitung von Extrakten. Es entspann sich eine längere Diskussion, an der sich Viele der Anwesenden beteiligten. Hierauf wurde der Erlaß des königl. bayerischen Staatsministeriums mitgetheilt, wornach die königl. bayerische Regierung den Antrag der württembergischen, die Herbeiführung einer gemeinsamen Pharmacopoe und eines gemeinsamen Medizinalgewichts für die Bundesstaaten, unterstützt. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die andern deutschen Regierungen diesem Beispiel folgen werden.

Wolsfrum berichtet über den Stand und die weitem Verhältnisse

der Gehilfen-Pensionkasse. Am Schluß der Sitzung betrug die Zahl der Theilnehmer an der Versammlung 94.

4 **Staufen**, 5. Sept. Mit raschen Schritten nähern wir uns der Traubenzeltigung, die allerdings in Folge der Ungleichheit der Blüthe sich verschieden gestaltet hat. Die Trauben haben nach den letzten Regengüssen bedeutend zugenommen, und es darf im Allgemeinen ein ergiebiger Herbst in Aussicht gestellt werden. Der Besuch der Rebberge wurde bereits im polizeilichen Wege eingestellt. Da die Bierstoffe allerwärts verzehrt sind und die hiesigen Bierdurstigen nur noch durch die nachgerade ebenfalls spärlich, aber qualitativ vortreflich rinnenden Rothhauser Bierquellen Befriedigung erhalten, so sehnt man sich allgemein nach der Weinslese, von deren Ergebniß Vorläufer bei Hrn. Bienenwirth Glück dahier zu treffen sind, der einen prächtigen neuen Reiften den Schoppen zu 8 kr. hiesiges Gewächs auskrenkt.

Bermischte Nachrichten.

* **Weingarten**, 4. Sept. Am 2. d., Nachts 10 Uhr, ist hier ein Brand ausgebrochen, der 3 Scheunen in Asche legte. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

— **Vom Redat**, 2. Sept. (Mannh. Z.) Die Direktion des landwirthschaftl. Bezirksvereins Heidelberg hat darauf aufmerksam gemacht, daß, da in Folge der Witterungsverhältnisse der diesjährige Tabak aus zwei ziemlich verschiedenen Qualitäten besteht, der erste und kräftigere Satz für sich allein gedrosen, aufgehängt und gebunden, und daß dies mit dem mittleren und letzten Satz, der etwas leichter ausfallen wird, ebenfalls besonders geachtet sollte. Bei Unternehmung beider Qualitäten würde dieselbe an Werth und Brauchbarkeit bedeutend verlieren, indem dann die Kaufleute weder für die eine, noch für die andere Sorte geachtet werden würden. Es können dann natürlich auch nicht die Preise gewonnen werden, als wenn jede passende Gattung für sich sortirt ist, und es geschah diese Notiz von Seiten der landwirthschaftl. Bezirksstelle behufs im eigenen Interesse der Produzenten, wie in jenem des Handels.

— **Görlitz**, 1. Sept. Auf dem am Sonnabend veranstalteten Fest zu Ehren der Abgeordneten des Görlitzer Wahlkreises hielt Hr. v. Carlowitz eine halbstündige, oft von lautem Jubel unterbrochene Rede über die gegenwärtige Situation. Nachdem er sein Bedauern ausgesprochen, daß der Erfolg der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses so weit hinter dem Streben desselben zurückgeblieben, beleuchtete er die Gründe der gegenwärtigen Lage. Nach einem Rückblick auf unser ganzes Verfassungsleben besprach der Redner auch die äußere Politik Preußens, speziell die Haltung des Kabinetts in der polnischen, schleswig-holsteinischen, Zollvereins- und deutschen Frage. Dank der österreichischen Halbheit sei das neue Reformprojekt nur ein, auf einen alten abgetragenen Rock mit schwarz-gelben Fäden neu aufgenähter Lappen — das Reformprojekt selbst durchaus unannehmbar, am wenigsten für Preußen, das dadurch zum Mittelstaat hinabgedrückt würde. Nun sei es Preußens Aufgabe, in Frankfurt zu erscheinen und das deutsche Parlament zu verlangen. Ueberbiete Preußen Oesterreich an liberalen Zugeständnissen, so könne ihm Oesterreich darin nicht folgen, und Preußen würde noch die fast verlorenen Sympathien des Volkes wieder gewinnen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf seine Wähler und der Aufforderung, stets Mannesmuth und Charakterstärke zu zeigen, und namentlich auch in den Kommunalverhältnissen mit aller Energie danach zu streben, daß die Stadt durch Männer vertreten wäre, welche die Selbstständigkeit der Stadt zu wahren wüßten.

— **Aus Rawicz**, 1. Sept., wird gemeldet, daß von den entflohenen 19 Sträflingen gegen Abend ihrer zwölf, von denen einer todt, in die königl. Strafanstalt eingeliefert wurden. Ein Schuß streckte jenen hin. Kurz vor seinem Vertheiden soll er die Schlupfwinkel seiner Befinnungsgenossen angegeben haben, in deren Ablicht es gelegen haben soll, zu den Insurgenten überzugehen. Unter den eingebrachten Gefangenen befindet sich auch der Gefährlichste von ihnen, der berühmte Emil Jahn. Sieben Schweifen noch umher; drei haben in vergangener Nacht einen Straßenraub unweit Dolzig ausgeübt.

Lotterie

des Pestalozzi-Vereins zu Gunsten der Wittwen und Waisen badischer Volksschullehrer.

Unter Hinweisung auf unsern frühern Aufruf stellen wir an alle Freunde unserer Sache die dringende Bitte, uns ihren Beistand fortwährend ungeschwächt zu Theil werden zu lassen, damit das erwartete Ziel so bald als möglich erreicht werde. Bereits sind zur Verloosung bestimmte Gaben im Werthe von 2000 fl. zu unserer Verfügung und weitere angefordert. Die Summe von 9000 fl., aus Geschenken und hauptsächlich von Verkauf der Loose herrührend, konnte bisher zinstragend angelegt werden. Weitere Zusendungen aus den verschiedensten Bezirken des Landes stehen täglich zu erwarten. Von 150,000 Loosen sind einseufen 116,000 zum Verkauf versendet, und den Nachrichten der Bezirksoverwalter und Lokalkomitees zufolge, dürften in den meisten Gegenden die Vorräthe bald vergriffen sein. Einzelne Bezirke, deren Verhältnisse besonders günstig sind, oder in denen sich rührige Hände und warme Herzen der Sache angenommen haben, verlangen wiederholte Sendungen von Loosen; andere verweisen auf die nächsten Monate, als zu deren Abschluß besonders geeignet. Unter solchen Umständen, bei dieser im Anfang nicht in Aussicht genommenen Ausdehnung der Lotterie, und bei der dadurch bewirkten großen Arbeitsvermehrung, ist aber die ursprünglich beabsichtigte rasche Abwicklung unserer Angelegenheit unmöglich geworden. Wir bedürfen längerer Zeit, und hoffen damit sowohl dem Pestalozzi-Verein, als auch den Looskäufern, denen wir eine große Anzahl sehr werthvoller Gewinngegenstände in Aussicht stellen können, nur zu nützen.

Karlsruhe, im September 1863.

Das Zentralkomitee.

Armbruster, Oberschulrath. Viefelb, Hofbuchhändler. Bohm, Rechnungsrath. Fischer, Wilhelm, Kaufmann. Haugel, Konradin, Kaufmann. Kriebel, Hoffmannrath. Laubis, Oberschulrath. Pflüger, Oberschulrath. Röder, von, Adolph.

* **Marau**, 5. Sept. Rheinwasserwärme: 16 $\frac{1}{2}$ Grad.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Hem. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 6. Sept. 3. Quartal. 85. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Der Kämmerer von Worms**; Schauspiel in 5 Akten, von Rudolf v. Zeig. Dienstag 8. Sept. 3. Quartal. 86. Abonnementsvorstellung. **Maria Stuart**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

